

**Politik als Kunst:
Bewährung in den ehernen Dichotomien der Politik**

Manuskriptvorlage zur After-Dinner-Speech
anlässlich des Kongresses
„Fifty Years of Interparliamentary Cooperation: Progressing towards Effective Cross-Level
Parliamentarism“?
der I.PA. COO zusammen mit der Stiftung Wissenschaft und Politik

13. Juni 2007, Bundesrat

Univ.-Prof. Dr. Uwe Thaysen
Zentrum für Demokratieforschung
Universität Lüneburg
Scharnhorststraße 1
D-21335 Lüneburg
Tel. 49 (0) 4131-677-2480;
Sekretariat 49 (0) 4131-677-2481
thaysen@uni-lueneburg.de

In dem Glauben an das Ideal ist alle Macht und Ohnmacht der Demokratie begründet.

Theodor Mommsen, Römische Geschichte (1854-1856)

Anrede (Protokoll!),

meine Damen und Herren

erlauben Sie mir, den Übergang von der Gelehrsamkeit des heutigen Tages zur leichteren Kost einer *Dinner-Speech*, gar einer *After-Dinner-Speech* mit Otto von Bismarck zu wagen? Kann ich ausgerechnet Ihnen, meine Damen und Herren Abgeordneten - hier versammelten internationalen Freunden des nationalen wie des supranationalen Parlamentarismus und der transnationalen Repräsentation - zum Abschluss dieses Symposiums, mit diesem notorischen Verächter von Parlamenten und Parlamentariern kommen?

Und sollen wir Politologen etwa vergessen, dass der „eiserne Kanzler“ auch uns Wissenschaftlern die Leviten gelesen hat? (Getrost können wir davon ausgehen, dass er von seiner Wissenschaftlerschelte jene gegenwärtig munteren Prognostiker nicht ausgenommen hätte, mit denen wir uns tagsüber u. a. beschäftigt haben, auch jene nicht, die uns (gegenwärtig) das „Ende der Demokratie“, die „Postdemokratie“, „*Post-parliamentary Governance*“ oder „postparlamentarische Regierungssysteme“ in Aussicht stellen.)

Weil er zu den **Großen der politischen Praxis** zählt, ist es - allen seinen Beschimpfungen von unsereins zum Trotz - kein Zufall, dass sich mit Bismarck, „dem Eisernen“ sich sehr wohl eine Brücke bauen lässt von den harten Themen unseres Arbeitstages zu einigen *soft reflections*, *gloomy thoughts*, die *after dinner* bekömmlicher sein mögen als die harten Daten und Fakten unserer Diskurse des Tages. Steht Bismarck, doch, vielzitiert auch in dieser Hinsicht, dafür, dass **Politik eine ganz besondere Kunst** sei. Politik sei nämlich, so sein berühmtes Wort „keine Wissenschaft, wie viele der Herren Professoren sich einbilden, sondern eine Kunst“.

Wie – *by the way* – bewerten Sie, meine Damen und Herren Praktiker der internationalen Politik Bismarcks rhetorische Frage, gesprochen am 18. Dezember 1863 im Preußischen Landtag?: „Das Geheimnis der Politik? Ein guter Vertrag mit Russland“. Eine Sentenz, die aktuellen Respekt verdient. Oder?

Bismarck, der „weiße Revolutionär“, hat als junger Mann bekanntlich lange darüber gegrübelt, wie er in die Politik – zu seiner Zeit und zumal aus seiner Sicht hieß dies: in den „Staatsdienst“, die „Staatsgeschäfte“ - einsteigen könne, und zwar: ohne seine Unabhängigkeit zu verlieren. Nehmen wir für 'mal für diesen Abend an, er hätte sich unter den gegenwärtigen Bedingungen, was so unwahrscheinlich nicht ist, für ein Parlamentsmandat entschieden. Wie würde er heute als Parlamentarier wohl sein nicht minder zitiertes Diktum von der „Politik“ als der „Kunst des Möglichen“ präzisieren und variieren? Zu welchen Schlüssen käme er wohl hinsichtlich jener Weisheiten, die das parlamentarische Handwerk heute verlangt?

Selbstverständlich würde unser fiktiv in die Gegenwart verschlagener Bismarck eine Menge jener Einsichten des Parlamentarierhandwerks beherzigen, die seit seiner Zeit im Deutschen Reichstag hinzu gekommen sind. Bodenständig wie er war und obendrein Genießer des Zynismus, der er auch sein konnte, würde er sich vermutlich jener Ironie durchaus erfreuen, wie sie in Handwerkersprüchen zuhause ist, wie sie aber durchaus auch auf das Parlamentshandwerk zu übertragen ist: Etwa in diesem Handwerker-Memento: „Jeden Morgen geht die Sonne auf, jeden Abend geht sie nieder, nur verliehenes Handwerkszeug sieht man niemals wieder“. Dergleichen Faustregeln lassen sich verallgemeinern - Sie wissen das. So verstünde jeder Bücherfreund diesen Spruch mit Blick auf seine Bücherregale mühelos zu variieren; und jeder Professor, der anfangs noch bereit war, seinen Studenten mit Exemplaren aus seinen eigenen Bücherbeständen vorübergehend (!) weiterzuhelfen, würde zustimmen. Ganz aussichtslos erscheint es mir daher nicht, mit Anleihen bei Bismarck fortfahrend, den Versuch zu unternehmen, so etwas wie einen Erste-Hilfe-Koffer mit den notwendigsten Weisheiten für die Praxis von Parlamentariern zusammenzustellen. Anspruchsvoller wäre an ein Handbuch zu denken: ein Vademekum des Rüstzeugs für den Alltag der Parlamentarier.

Dazu bräuchte man sich nur den vielen ehernen Dichotomien und Diskrepanzen der Demokratie zuzuwenden, den Paradoxien des Parlamentarismus, wie mein hochgeschätzter Kollege Gerhard Loewenberg kürzlich titelte. Denn: **Sich in den Paradoxien des Parlamentarismus zu bewähren, das ist die wahre Kunst demokratischer Politik.**

Der Unterschied zwischen Politik und Wissenschaft besteht nämlich darin, dass die **Politik unausweichlich gezwungen ist, sich gerade jenen gesellschaftlichen Widersprüchlichkeiten zuzuwenden**, für die es keine Methode wissenschaftlicher Lösung gibt. Wissenschaftler müssen sich diesen Widersprüchen nicht stellen; sie können ausweichen, sich entweder den Luxus erfreulicher Themen leisten, oder ungeduldig gedanklich radikale Auflösungen der Probleme ersinnen. Aus der

Sicht der Wissenschaft könnte man daher **Politik sogar als die „Kunst des Unmöglichen“** definieren. Bei Ausübung dieser Kunst des Unmöglichen kommt es zu unserer aller Überraschung aber doch immer 'mal wieder zu Ergebnissen; offenbar „geht es“, wie man so sagt, sogar „häufiger 'mal gut aus“. Deshalb empfehle ich, sicherheitshalber einschränkend, **„Politik als Kunst des beinahe Unmöglichen“** zu definieren.

Wer Ihnen, meine Damen und Herren Abgeordneten, zugesteht, dass Sie sich in einer derartigen Kunst zu bewähren haben, spricht Ihrem Metier ein gewaltiges Kompliment aus – ein Kompliment, demzufolge die **Politik durchaus als das gegenüber der Wissenschaft anspruchsvollere Metier** zu verstehen ist. Derlei Respekterweisung dürfte Ihnen, meine Damen und Herren Abgeordneten, eher selten widerfahren. Sie merken also: Ich meine es Ernst mit meinem Versuch, anders als Sie es gewohnt sind, Ihre Aufrüstung zu betreiben, diese Aufrüstung sogar noch wissenschaftlich zu legitimieren – ein Unterfangen, welches unser erster Reichskanzler wohl mit manchen Populisten der heute landläufigen „Parlamentsverdrossenheit“ als bloße „Einbildung“ der „Herren Professoren“ abqualifizieren würde.

Dennoch: Das Parlament ist der ultimative Ort zur Bearbeitung der zahlreichen Dichotomien und Diskrepanzen unseres gesellschaftlichen Daseins. Entgegen immer neuen Anstrengungen, kann man und sollte man diese Widersprüchlichkeiten, zahlreich wie sie sind und auch „Strukturspannungen“ genannt, nicht „auflösen“ wollen, zugunsten des einen oder anderen Pols ihrer Gegensätzlichkeit verschwinden lassen wollen, irgendwie ausmerzen wollen. Denn derlei Bemühungen sind von Anfang an fehl geleitetet und deshalb zum Scheitern verurteilt: Die vielen Dichotomien, Diskrepanzen und Paradoxien der Demokratie sind nicht aus der Welt zu schaffen, so wenig wie nach Immanuel Kant aus so einem „krummen Holze als, woraus der Mensch gemacht ist ... [etwas] Gerades gezimmert werden kann“. Alle diese „Strukturspannungen“ sind vielmehr – so meine umgekehrte normative Konklusion – konstruktiv zu nutzen, fruchtbar zu machen.

Heute Abend soll es dezidiert nicht um die Genie-Klasse der Politik gehen, nicht um jene ganz Großen, der Politik, die sich darauf verstehen mögen, die Schritte Gottes in der Geschichte zu hören, um dann beherzt einen Zipfel seines Mantels zu fassen, wie Bismarck bekanntlich formulierte. Heute Abend geht es um die Alltagsmünzen der Politik, um das alltägliche Handwerk, das unter anderem bekanntlich darin besteht, die erwähnten allgegenwärtigen Widersprüche in Politik zu überführen. **Kompromisse sind das Metier der Macht.** Wer wüsste das nicht? Wirklich einfach sind allerdings auch Kompromisse nicht zu erreichen. Schon die Wahl des Kompromisstyps fällt schwer. Denn es gibt, wie ebenfalls jeder von uns weiß, sehr viele Arten von Kompromissen. Sofern etwa ein „Kompromiss“

als irgendeine Position auf einer linearen Skale zwischen zwei Polen angestrebt, gar als jener erlösende Punkt anvisiert wird, demzufolge mindestens die Wahrheit, aber auch die Zuträglichkeit politischer Entscheidungen der „Volksweisheit“ nach „wie immer in der Mitte“ liege, dürfte der Kompromiss als vermeintlich einfache Lösung, der **einfache Kompromiss** also, in der Realität selten gefunden werden.

Viel häufiger geht das Ergebnis einer Entscheidung in der Synthese des Inkommensurablen auf: in der Synthese des nach keinerlei wissenschaftlichen Maßstäben miteinander Abzugleichenden beziehungsweise zu Vereinbarenden, nur in einer Gleichung, für die es keinen gemeinsamen Nenner gibt. So gesehen bietet die **Synthese des Inkommensurablen** als weitere Entscheidungsform so etwas wie eine dritte Position, einen Punkt jenseits der linearen Kompromisskala an. Meistens liegt diese Position in irgendeiner weiteren Dimension - einer Dimension, welche die unmittelbar in der Materie Engagierten – die berühmten „Fachleute“ und (andere) Interessenten - überrascht. Synthetische Entscheidungen schlagen häufig ein wie Dezisionen *out of the blue*. Sie verursachen regelmäßig jenen „Ärger“ und provozieren jene „politischen Prügel“, die Ihnen, meine Damen und Herren Repräsentanten, seitens der viel beschworenen „Betroffenen“ angedroht werden, jenen Unmut, den sie einzustecken, auszuhalten und abzarbeiten haben. Die „Betroffenen“ jedenfalls sind eine Spezies, die heute – wie ich noch illustrieren werde – mit dem Anspruch viel höherer Legitimität als die gescholtenen „bloßen Politiker“ aufzutumpfen pflegen. Darin ähneln die „Betroffene“ heute den Bürgerinitiativen in deren Anfangszeit.

Der Koalitionsvertrag der deutschen Regierungsparteien ist ein Musterexemplar zum Studium unserer bislang nur abstrakt benannten Dichotomien, Diskrepanzen u. s. w. ... Wer die Struktur politischer Lösungen, fast immer sind es **komplizierte Kompromisse**, politologisch analysieren will, der findet in diesem Koalitionsvertrag Anschauungsmaterial wie der Geologiestudent in den einschlägigen Steinbrüchen der schwäbischen Alp. Im Wahlkampf lagen die Positionen der späteren Verhandlungspartner des Jahres 2005 bekanntlich weit auseinander. Nach dem Wahltag aber war ein Bündnis ausgerechnet der beiden schärfsten Kontrahenten des vorangegangenen Wahlkampfs zu schmieden. Unter derartigen Bedingungen waren Könner der Koalitionsverhandlungen und Kompromissfindung gefragt. Eine gemeinsame Plattform unter solchen Voraussetzungen zu formulieren, mussten Großmeister des „Dissensmanagements“ her, als welches Politik mit Fug und Recht bezeichnet wurde. Tatsächlich ist Politik in pluralistischen Gesellschaften wie den unseren zutreffend als Dissensmanagement zu verstehen: **Politik ist die Kunst des Dissensmanagements.**

Im Koalitionsvertrag 2005 findet sich natürlich der Typ des seit Carl Schmitt bekannten **dilatorischen Formelkompromisses** „als Basistyp der kompromissförmigen Behandlung von Dissens“. Danach ist Aufschub, Vertagung geboten, sofern in harten Konfliktlagen, gar in Fragen der Weltanschauung die auftretenden Differenzen so groß sind, „dass Koexistenz-, Respekt- und Wertschätzungstoleranz der Beteiligten nicht dazu ausreichen, harten Dissens erfolgreich zu bearbeiten.“ In solcher Lage besinne man sich auf so etwas wie die „spätere“, die „zweite Stufe“, auf welcher nunmehr nach Übereinkunft der deutschen Regierungskoalitionäre z. B. an den Kern der hiesigen Föderalismusreform, die Reform der Finanzierung dieser originär deutschen Staatsorganisation nämlich, gegangen werden soll.

Als Vokabular harmloserer **Formelkompromisse quantitativer Art** empfehlen sich Wörter wie „nachbessern“ oder (verheißungsvoll Präzision versprechend:) „nachjustieren“. Das sind Verben, die sich, nur wenig variiert, zuhauf im derzeit gültigen Koalitionsvertrag wiederfinden. Bei solcher Art Kompromissen nimmt es sich so aus, als verweile man innerhalb des Problems selbst, zwischen den Polen einer Skala, auf welcher mehr oder weniger ebenbürtige Verständigungsangebote angesiedelt sind. Angesichts der Berliner Kassenlage könnte man dazu auch jene drei Prozentpunkte zählen, um welche die Mehrwertsteuer unseres Landes erhöht wurde - von der heutigen Opposition bissig „Merkelsteuer“ genannt (auf die ich später noch einmal zurückkommen möchte). Quantitativ heißt es bei dieser Art von Kompromissen dann nur, dass künftig „mehr getan“ werden soll, künftig etwa „mehr für Forschung und Entwicklung“ ausgegeben werde.

Nur in der Theorie (und der Methode nach nur zu heuristischen Zwecken) sind die verschiedenen Kompromisstypen reinlich von einander zu trennen. So könnte man die „Merkelsteuer“ auch zu den so genannten **Verteilungskompromissen** zählen, bei welchen die Lösungen des Dissenses ebenfalls auf einer einzigen Ebene, zwischen den Polen der genuin diesem quantitativem Problem – zu wenig Geld in der Kasse - zuzuordnenden Lösungsskala liegen, im Falle der „Merkelsteuer“ in der Veranschlagung von mehr oder weniger Steuern, die ursprünglich (fast) ausnahmslos zur Sanierung des defizitären Berliner Zentralbudgets gedacht waren.

In den Bereich **qualitativer Kompromisse** wird verwiesen, wenn laut Koalitionsvertrag Investitionen „auf hohem Niveau“ gefördert und Lasten gleichzeitig „gerecht auf alle Schultern“ verteilt werden sollen. Derlei Formulierungen verheißen Aussicht auf Versöhnung in diesem Falle sowohl der Koalitions- als auch der Tarifpartner. Politiker können kaum anders als ihre Adjektive und Attribute angestrengt zu steigern, in den Komparativ zu setzen: Fast alles soll wie (gemäß Zeile 4328 des Koalitionsvertrages) „schneller, transparenter und zuverlässiger“ werden. Wer möchte da nicht zustimmen?

Höchste Anforderungen an die **Kunst der Problemlösung** sind schließlich in die als solche klassifizierten **Kompensationskompromissen** zu stellen, vulgo „**Koppelungsgeschäfte**“ genannt. Die erkennt man, wenn sie denn vollends gelingen, daran, dass man sie nicht wahrnimmt. Sie sind nämlich materiell in die Lösungsvorschläge des Koalitionsvertrages eingeschlossen, aber als solche Kompensationen untereinander nicht expressis verbis ausgewiesen. Was dem Ornithologen der Bussard, das ist dem politischen Profi das Koppelungsgeschäft, weil es, als solches nicht ausgewiesen, schlimmstenfalls wie der Bussard, doch noch an den Spuren des Zuschlags zu erkennen ist.

In einem Koalitionsvertrag, immerhin dem Regierungsprogramm für eine ganze Legislaturperiode, stecken jede Menge solcher Kompensationskompromisse. Genau genommen ist der Koalitionsvertrag insgesamt ein einziges Koppelungsgeschäft. Merke mit Merkel: **Dissensmanagement und Koppelungsgeschäfte sind die eher unsichtbaren Glanzstücke der Politik**. Als Inhaberin der Richtlinienkompetenz für die deutsche Politik scheint Frau Merkel dazu mit bemerkenswertem Talent ausgestattet zu sein: Im Vergleich zu (fast allen) ihren Vorgängern wird Angela Merkels taktisches Geschick einstweilen vor allem in ihrer Disziplin auffällig, sich nicht auffällig zu machen; noch bringt sie es fertig, sich die Selbstbespiegelung *>Ich war es, ich habe diese (und jene) Entscheidung, diesen (und jenen) Kompromiss am Ende herbeigeführt<* zu verkneifen. Aber: Der ultimative Beginn des nächsten Wahlkampfes um die Regierung an der Spree wird sich darin ankündigen, dass auch Frau Merkel nichts anderes übrig bleibt, als zu sagen: *>Ich war es, ich, ich, ich ... <*, selbst wenn sie sich tatsächlich gern anders verhalten würde, etwa so, wie ihre Eltern ihr das in preußisch-protestantischen Hause beigebracht haben.

[Ein Beispiel für die typischen Koppelungsgeschäfte des Koalitionsvertrages 2005: Darin heißt es (S. 552 f.): „Die elementaren Lebensrisiken Krankheit, Alter, Pflegebedürftigkeit, Arbeitslosigkeit bleiben solidarisch abgesichert“ und zu dem zentralen Problem der Lohnzusatzkosten in Gestalt der Sozialversicherungsbeiträge (Zeile 1022 ff.): „Dazu wird der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung zum 1.1.2007 von 6,5 % auf 4,5 % reduziert. Einen Prozentpunkt davon finanziert die Bundesagentur für Arbeit durch Effizienzgewinne und Effektivitätssteigerung, ein weiterer Prozentpunkt wird durch Einsatz eines vollen Punktes Mehrwertsteuer finanziert. Gleichzeitig steigt der Beitrag zur gesetzlichen Rentenversicherung von 19,5 % auf 19,9 % ...“ Nur Analytikern der vorangegangenen Wahlprogramme erschließt sich, welche Abgründe des Dissenses mit Formeln dieser Art - häufig zu Lasten Dritter (Zeilen 563 ff., 658 ff. und 700 ff.) - überbrückt worden sind beziehungsweise überbrückt erscheinen sollen.]

[A *propos*:] Als **Scheinkompromisse** seien solche angeblichen Entscheidungen kenntlich gemacht, an die die Koalitionäre wohl selbst nicht glauben, insofern sie diese ganz und gar unterschiedlich auslegen – wie jetzt im Falle der im Berliner Kabinett vereinbarten Finanzierung eines Rechtsanspruch auf staatliche Kinderbetreuung ab dem Jahre 2013. Sollten sie in diesem Falle aber dennoch daran glauben, so haben wir es bei dieser Entscheidung mit einem hübschen dilatorischen Formelkompromiss zu tun.

Schließlich aus demselben, in Deutschland zur Zeit hoch aktuellen Feld der Familienpolitik noch ein **Kompromisstyp *sui generis***, den ich nicht zuletzt zur Erheiterung unserer auswärtigen Gäste vortragen möchte: Unsere Familienministerin wollte die Erstattung der Höchstsumme eines neuen Elterngeldes zunächst an die emanzipatorisch Erziehungsmaßnahme knüpfen, dass der Vater nach der Geburt des Kindes mindestens zwei Monate die Betreuung des Babys zu übernehmen habe. Tue er das nicht, so würden zwei Monate weniger, also nur zehn Monate Elterngeld gezahlt. Dieses könnte man als „12-minus-2-Modell“ des Elterngeldes klassifizieren, als Strafmodell im Falle des durch den Mann verweigerten „Wickelvoluntariats“. Ein solches Strafmodell war den Verfechtern der >guten alten< Familientradition in der CDU/CSU-Fraktion denn doch zu viel des neuen, modernen Familienbildes. Daher ihre Revanche mit dem Stammtischwort „Wickelvoluntariat“, zu welchem sie den jungen Vater verdonnert sahen: Am Ende setzten sie einen „Kompromiss“ ganz besonderer Art durch, demzufolge im zwischenzeitlich verabschiedeten Gesetz erstens sogar eine Belohnung von zwei weiteren Raten Elterngeld fällig wird, wenn der Vater zweitens in der Babybetreuung von den nunmehr 14 Monaten wenigstens zwei übernommen hat. Nun also: „12-plus-2“ statt „12-minus-2“ zur Versöhnung der Traditionalisten der Unionsfraktion mit dem neuen Mannsbild, dem zum „Wickelvoluntariat“ angehaltenen „neuen Mann“. Die Merkelsteuer hat auch etwas von dieser Art **Sur-Plus-Kompromiss**, mit dem niemand rechnet - nur dass im ersten Falle primär auf die unionsinternen Opponenten, im zweiten primär auf den Koalitionspartner SPD abgestellt war. **Das Halsbrecherische an der Kunst der Politik wird gemindert durch die Gemeinschaft derjenigen, die sich in den Parteien, den Parlamenten und Regierungen dieser Profession verschrieben haben.**

Es ist leicht, sehr leicht, sich an derlei zu ergötzen und deswegen mit Häme über die Politiker herzuziehen – über *die* Politiker, auch so ein Topos: als ob sie alle gleich wären! Die Leichtfüßigkeit des Spötters nimmt allerdings Schaden, sobald er sich auch nur ansatzweise auf die konstitutiven Widersprüche, die Dichotomien und Diskrepanzen der Demokratie einlässt, und damit in das Metier begibt, in welchem vor allem Parlamentarier auf die Probe gestellt werden.

Das parlamentarische System ist nie perfekt, immer irgendwie unfertig. Es bietet seinen Akteuren aber - voran den Parlamentariern- und das ist das Besondere der Demokratien überhaupt - die Chance, die beständig neu auftretenden Unzulänglichkeiten der verschiedensten Art immer aufs Neue auszutarieren. Problemlagen werden, wie wir gesehen haben, als einander im Widerspruch ergänzend, d. h. reziprok, und nicht als einander ausschließend, d.h. exkludierend angegangen. Im parlamentarischen System werden die Lösungen nicht binär, nicht nach dem Motto „alles oder gar nichts“, nicht nach dem Muster „ganz oder gar nicht“, „entweder oder“ und „ein für alle Male“ zu beseitigen, „aus der Welt zu schaffen“ versucht. Deshalb verbietet es sich, bei jeder auftretenden Unwucht von einer „Krise des Systems“, einer „Legitimationskrise“ gar zu reden und zu schreiben. So wie der Mensch sich in keiner Krise befindet, nur weil er ein- und dann wieder ausatmen muss, so sind die Defizite der Demokratien kein Grund zur Dramatisierung - mögen die Demoskopon auch davon leben müssen. Immerhin: Journalisten und Demoskopon signalisieren den politischen Profis, wann es an der Zeit zum Ein-, wann an der Zeit zum Ausatmen ist? Es hat nicht den Anschein als drohten wir immun zu werden gegen die dauernde Aufgeregtheit der Cassandra.

Das gilt zum Beispiel für das Austarieren der Macht im Gefüge westlicher Demokratien nach Maßgabe ihrer unterschiedlichen Verfassungen. In Deutschland etwa wird zurzeit über die zahlenmäßig übermächtige Mehrheit im Bundestag geklagt, eine Inbalance, die auch die hierzulande verfassungsrechtlich gewollte Gewichtsverteilung zwischen Exekutive und Legislative problematisiert. Dementsprechend ist die Frage nach neuen Rechten für die Minderheiten (der kleinen Oppositionsfraktionen) auf der Tagesordnung des Bundestages.

Zu den seltsamen Widersprüchen deren sich die Freunde des Parlamentarismus bewusst bleiben sollten, gehört, dass die Parlamente sich nur solange der uneingeschränkten Wertschätzung der Bürgerinnen und Bürger erfreuten beziehungsweise erfreuen, wie die die Volksvertretungen noch um ihre Macht kämpfen müssen. Diese Kampfzeit ist ihre „Heldenzeit“ (Zeh). Wenn die Parlamente dann jedoch ihren grundsätzlichen Mitwirkungsanspruch einmal durchgesetzt haben, verlieren sie an Akzeptanz. „Noch ein Sieg, und wir sind verloren!“ Von nun an nämlich gehören die Abgeordneten zu „denen da oben“, von nun an sind sie „Fleisch vom Fleische der Mächtigen“, die Prominenten im parlamentarischen Regierungssystem sogar die „Filetstücke der Macht“: Premierminister und Kabinettsmitglieder.

Zu den gefährlichsten Gratwanderungen der Demokratie gehört der Anspruch auf Wahrheit in der Politik. Einen solchen gibt es nicht a priori für das, was die Parteien als ihre Programme ausgeben, also nicht für die „Parteienwahrheit“; darauf werden Diktaturen, definitiv nicht aber Demokratien gegründet. Dennoch ist der Wahrheitsanspruch auch in Demokratien nicht obsolet geworden. Vielmehr sind Demokratien in ihrem Anspruch auf Wahrheit bezüglich der Fakten, bezüglich der „Tatsachenwahrheit“ also, geradezu erbarmungslos. Das parlamentarische Regierungssystem der Bundesrepublik Deutschland zum Beispiel kennt nicht weniger als 20 Instrumente, die Tatsachen aus der Regierung heraus zu bekommen, um nicht zu sagen: politisch „herauszufoltern“ – von den Anfragen verschiedenster Art über parlamentarische Untersuchungsausschüsse bis zur Einbestellung der Regierungsmitglieder und Auskunftserzwingung vor das Parlament und im Parlament mittels des parlamentarischen Zitierrechts. Damit vermag sich demokratische Politik zum einen der Wirklichkeit anzunähern und realitätsgerecht zu handeln. Des Weiteren wird die Vertrauenswürdigkeit der Politik dadurch befördert. Im Hebräischen, habe ich gelernt, sind die beiden Bedeutungen – „Vertrauen“ und „Wahrheit“ im Sinne von Wahrhaftigkeit in einem einzigen Wort aufgehoben.

Zu den Widersprüchen, die sich offenkundig immer weiter zuspitzen gehört derjenige, dass in der Demokratie Herrschaft nur „auf Zeit“ erteilt wird – auch damit die Entscheidungen der jeweils amtierenden Mehrheit noch durch die Opposition, die „Regierung im Wartestand“ korrigierbar bleiben möge. Funktioniert dieses Prinzip heute noch? Kann es noch gelten, wenn zum Beispiel im Zuge der Endlagerung oder Nutzung atomaren Materials zu entscheiden ist, über eine Halbwertszeit, d. h. über eine Risikozeit von 24 110 Jahren? Wie sind diese 24 110 Jahre in Einklang zu bringen mit einer vierjährigen Legislaturperiode, nach deren Ablauf die Opposition dann – der Theorie nach - ihre (angebliche) Chance zur Entscheidungskorrektur erhalten soll. Edmund Burke hat uns schon gelehrt, dass Repräsentation sich auch auf die künftigen Generationen erstreckt. Verglichen mit dem dazu nötigen „langen Atem“ sind die auf das Jahr 2013 abgeschlossenen dilatorischen Formelkompromisse in Sachen Kinderkrippen für den deutschen Nachwuchs dann wohl eher nur mittelfristig angelegt; und die erwähnte Merkelsteuer gehört dann wohl eher in den Bereich jener kurzfristig fälligen Grausamkeiten, die man (nach Macchiavelli) möglichst am Anfang seiner Regentschaft hinter sich bringe. **Politik ist seit eh und je eine Kunst des angemessenen Timings, eine frage des Rhythmus.** Die Anforderungen des Medienzeitalters stehen in offenkundigem Kontrast zu dem berühmten Satz von Max Weber, wonach **Politik ein starkes, langsames Durchbohren harter Bretter** zu sein habe.

Das gilt zumal für Demokratien, weil der darin allfällige Bedarf an Bewusstseinsbildung innerhalb der Bevölkerung für Neuerungen, auch Reformen genannt, unter anderem über das politische Geschick der Herrschenden entscheidet. Denn zu den zählebigsten Dichotomien der Demokratie zählt, dass diese zwar auf den Laien bauen, immer weniger aber auf die Professionalisierung der politischen Führung verzichten wollen. Gleichzeitig wird die Rückbindung der Repräsentanten an die Alltagserfahrungen von jedermann erwartet. Mit der Professionalisierung ihrer selbst rückt die Politik unweigerlich nochmals näher an die (sogenannten) Experten und an veritable Lobbyisten heran. Die schon aus eigener Kraft kaum zu vermeidende Entfremdung von der Basis der Bürgerinnen und Bürger nimmt zu. Immer einsichtiger wird der Stoßseufzer des Parlamentariers/Politikers: **„Sage mir, wo mein Volk ist, ich bin sein Führer, ich muss ihm folgen“**. Eine knappere Formel, ein besserer **Lehrsatz zur Beschreibung der Daueraufgabe der Repräsentanten** ist kaum vorstellbar: „Entweder er/sie >führt<, dann muss er/sie sich sorgen, auch aktiv dafür sorgen, dass ihm/ihr gefolgt werde; oder er/sie >folgt< (z. B. dem, was die Demoskopen, Experten oder Lobbyisten nahelegen) dann droht er/sie Führung/Leadership schuldig zu bleiben. Eine der beiden Seiten von Repräsentation ist also – erst recht bezogen auf die Mehrheit der Abgeordneten - notwendigerweise defizitär. Die Demokratie aber ist deshalb keineswegs in der Krise – so wenig wie der Mensch, der gerade ausgeatmet hat um sich sogleich des Gegenteils zu befleißigen.“

Wiederum ganz handwerklich gesehen, hat der Politiker in Demokratien nur die Wahl zwischen zwei Vorwürfen, entweder es wird ihm vorgehalten: „Unverschämt, unverschämt: die Sache, die uns hier vorgelegt wird, ist doch noch überhaupt nicht entscheidungsreif“. Oder es tönt ihm entgegen: „Unerhört, unerhört: Wir wurden bei der Willensbildung übergangen und haben jetzt nur noch die die Qual zuzustimmen.“ Wer jemals Gremien Rechenschaft schuldete beziehungsweise künftig schuldet, dem ist im Zweifelsfalle anzuraten, dem letzten der beiden Vorwürfe den Vorzug zu geben: Er lässt sich leichter „abarbeiten“ und erlaubt mindestens die Selbsteinrede, dass man seine Hausaufgaben gemacht habe. Manchmal beseht die **Kunst der Politik nicht darin auf Fragen zu antworten, sondern sich erst gar keine stellen zu lassen**. Für die den äußersten Fall wurde hierzu angemerkt, ist **Politik die Kunst, die Menge zu leiten: nicht wohin diese will, sondern wohin sie soll**.

Zum Verhältnis von Globalisierung und Parlamentarismus im gegenwärtigen Mehrebenensystem der Politik ist tagsüber schon vieles gesagt worden. Ich will an dieser Stelle zur Ermutigung der unteren und untersten Ebene von Repräsentation nur daran erinnern, dass „globalisierte Politik“ in den „Mühen der Ebene“ wie man so sagt: „ausgebadet“ werden muss: Globale Politik muss lokal geerdet werden. Insofern trifft die Pointe von der gegenwärtigen „Glokalisierung“ globaler Politik die Sache sehr genau.

Darin haben sich zuvörderst Parlamentarier zu bewähren. **Die Kunst des Parlamentarismus der Zukunft dürfte darin bestehen, sich in der Globalisierung der Politik zu erfolgreich zu stellen.**

Politik ist offenkundig auch Theaterkunst. Wir kennen das von den „Krönungsmessen“ der Parteitage. Monsieur Sarkozy hat es der Welt jüngst mit seiner Amtseinführung in Paris vor Augen geführt. In Deutschland waren es gleich fünf Ministerpräsidenten, die dem stauenden deutsche Publikum eine Lehrstunde über Politik als Theater erteilten – und zwar hier im ehrwürdigen Bundesrat.

Gewöhnlich gleicht der Bundesrat eher einem Notariat denn einer Agora; hier geht es in der Regel ruhig zu, ohne Aufregung, ohne Applaus und fast ohne Zwischenrufe. Zur Zeit des erwähnten Schauspiels aber war die Republik schon über die Materie des Stückes selbst sehr angespannt. Hoch umstritten nämlich war der Gesetzentwurf, welcher darüber entscheiden sollte, ob Deutschland ein Einwanderungs- bzw. Zuwanderungsland sei und wie Deutschland die Ein- bzw. Zuwanderung regeln wolle. Da wurde das Publikum der Nation aus dem deutschen Bundesrat, dieser Länderkammer, heraus von einem Stück überrascht, in dem kein Beobachter ohne weiteres ein Kammerspiel erkennen mochte: Die einen empörten sich über die Aufführung der Ministerpräsidenten, schmähten diese als einen „Eklat“, ein „Trauer-“ oder „Rüpelspiel der Macht“, eine „Provinzposse“ und „schlimme Schmierkomödie“, die anderen aber klassifizierten das Stück - amüsiert bis süffisant sogar - als „legitimes Theater“. Was war geschehen?

Meine Landsleute werden sich erinnern: Am 22. März 2002 kam es hier zu einem wilden Wortgefecht. Vier der Ministerpräsidenten (Koch, Müller, Vogel, Stoiber, alle Unionspolitiker, vertreten vor allem durch Koch und Vogel) warfen dem amtierenden Vorsitzenden des Bundesrates lauthals vor, bei der Abstimmung über das Zuwanderungsgesetz „eiskalten Rechtsbruch“ (Koch, CDU) begangen zu haben. Der Herr Präsident (Wowereit, SPD) parierte mit den Worten: „Das einzige, was es hier gegeben hat, Herr Kollege Koch, ist ein kalkulierter Ausbruch von Ihnen, aber kein Rechtsbruch.“

An dieser Stelle muss dahin gestellt bleiben, worum der Rechtsstreit ging. Hier und jetzt - im Zuge unserer *after-dinner*-Überlegungen zu den Kunstfertigkeiten der Politik - interessiert die mit diesem Stück „inszenierte Politikvermittlung“. Hier und jetzt interessiert das aus Anlass eines heftigen Rechtsstreites aufgeführte **Theater als Kunst der Politik unter den Bedingungen unserer Mediendemokratie**. Die Aufführung vom 22. März 2002 lässt sich deshalb medienwissenschaftlich so gut ausschlichten, weil es dazu ein Nachspiel gab – sinnigerweise im Saarbrücker Staatstheater. Hier nämlich hielt einer der vier Protagonisten, der saarländische Ministerpräsident Peter Müller, nur zwei

Tage später einen Vortrag zum Thema „Politik und Theater – Darstellungskunst auf der politischen Bühne“. Seine Frage lautete: „Ist Politik Theater?“, und seine lakonische Antwort lautete [wörtlich]: „**Ja, Politik ist Theater.**“ Frohgemut schilderte er sodann den 120 Gästen des Abends, dass die ganze im Bundesrat aufgeführte Empörung von dem Viererensemble der Ministerpräsidenten unionsregierter Länder zuvor tatsächlich mit verteilten Rollen eingeübt worden war: Müller vor dem staunenden Publikum in Saarbrücken: „Die Empörung haben wir verabredet [der Stenographische Bericht dieser Veranstaltung verzeichnet an dieser Stelle „lautes Gelächter im Publikum“]. Und ich sage: Das war Theater – aber legitimes Theater ..., weil die dort zum Ausdruck gebrachte Empörung einen ehrlichen Hintergrund hatte“. Unter solcher Voraussetzung also wäre **Politik die Kunst legitimen Theaters.**

Zu den naheliegenden Schwierigkeiten bei Ausübung dieser Art von Kunst aber gehört die Vermeidung von Kitsch, von Kitschproduktionen der vielfältigsten Art. Der Grat zwischen Kunst und Kitsch ist bekanntlich ohnehin schon schmal. In der Politik ist er ohne Unterlass zu begehen und obendrein besonders schmal. Denn wenn Kitsch Ausdruck „von Erfahrung aus zweiter Hand“ ist, dann ist leicht zu verstehen, wie schwer es gerade für Abgeordnete sein muss, nicht „kitschig“ zu werden: Ist doch der Parlamentarierjob – alle Repräsentationstheorien lehren das – die Vermittlung aus zweiter Hand. Und müssen nicht voran Volksvertreter so reden, dass es möglichst viele verstehen? Außerdem gelingt es den schon deshalb erbarmungswürdigen Gesetzgebern und Programmgängern ihrer Parteien doch so gut wie niemals, einen der vielen Texte, die sie zu „vertreten“ haben, in eigener Handschrift zu verfassen. Denn: „Politische Macht in der Demokratie ist aus gutem Grund etwas sehr Bescheidenes, oft Triviales“, so formulierte es mein Kollege Wolfgang Zeh. Je wichtiger es wird, desto mehr sind daran beteiligt. Das macht es für den einzelnen Politiker natürlich sehr schwer, authentisch zu bleiben.

Unsere Theateraufführer im Bundesrat legten allergrößten Wert darauf, authentisch gehandelt zu haben. Ministerpräsident Müller konstatierte dazu positiv, sich selbst und seine drei Kollegen legitimierend: „Negativ wird die Fähigkeit oder die Forderung, sich auf das Publikum einzulassen, eigentlich erst in dem Moment, in dem der Politiker schauspielerische Elemente einsetzt, um von seinen Inhalten, von seinen Überzeugungen abzulenken. Negativ wird die schauspielerische Tätigkeit des Politikers dann, wenn er jedem zu Gefallen sein will, ohne deutlich zu machen, wofür er wirklich einsteht. So richtig der Satz ist, dass Politik die Aufgabe hat, dem ‚Volk aufs Maul‘ zu schauen, so schlimm wäre es, wenn der Politiker seine Rolle darin sähe, dem Volk immer und überall ‚nach dem Munde‘ zu reden.“

Authentizität ist demnach nur ein anderes Wort für Glaubwürdigkeit, und handwerklich gesehen besteht die **Kunst der Politik demnach in der Vermeidung von Kitsch**. Der Sprecher unseres Viererensembles verwahrte sich mit folgender Einlassung gegen den Vorwurf der Kitschproduktion: „Da kann man natürlich sagen, das ist Theater. Aber es ist ein Theater, das in einer Kommunikationsgesellschaft unverzichtbar ist, um auf Sachverhalte hinzuweisen und die notwendige Aufmerksamkeit für diese Sachverhalte zu gestalten. Deshalb wird Politik auch in Zukunft eher was mit Theater zu tun haben. Und ich denke, solange das getragen ist durch die dahinterstehenden Inhalte, ist das auch nicht zu beanstanden. Zu beanstanden ist es dann, wenn dies zur Ablenkungsmaschinerie wird. Wenn Inszenierungen durchgeführt werden, um von anderen oder vielleicht sogar von fehlenden Inhalten, von fehlenden Konzepten abzulenken. Da ist dann notwendig, dass zurückgefragt wird, ob hier nicht der Versuch der Manipulation gemacht wird.“

Man könnte jetzt noch einen resümierenden Absatz anhängen, in welchem alle unsere Merksätze zur Kunst der Politik zusammengeführt wären. Das aber kann man auch getrost der Schriftform überlassen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!